

AUSSITZEN STATT LÖSUNGEN AUFZEIGEN



URS HIRT ÜBER DEN LUFTVERKEHRSSTREIT
 DEUTSCHLAND-SCHWEIZ

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat anlässlich ihres Besuchs in der Schweiz mit dem Bundesrat vereinbart, auf Expertenebene die Lärmbelastung durch An- und Abflüge am Flughafen Zürich auf beiden Seiten der Grenze gemeinsam zu messen. Auf der Basis der Resultate soll die Schweiz der Bundesregierung in Berlin einen Lösungsvorschlag unterbreiten. Berlin werde dann Ja oder Nein sagen.

Kann das Resultat der Gespräche über die seit Jahren einer Lösung harrenden Flughafen-Problematik nun als Erfolg gewertet werden? Die Meinungen dazu gehen so weit auseinander wie bei der Frage, welches das richtige Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich sein soll.

Aerosuisse, der Schweizer Dachverband der Luft- und Raumfahrt, begrüsst das Resultat: «Wir nehmen mit Genugtuung von der Rückkehr zur Sachlichkeit im Fluglärmstreit Kenntnis.

[...] Wichtig ist, dass der Prozess wieder in Gang kommt.» Aerosuisse hofft, dass dem Treffen auf höchster Ebene nun auch Taten folgen und dass das diskriminierende Flugregime bald durch praktikable Verfahren abgelöst wird.

Das Komitee «Weltoffenes Zürich» hingegen beurteilt das Resultat der Gespräche als Fehlschlag: «Die Schritte zeigen in die falsche Richtung. Es ist offenkundig nicht gelungen, die Verhandlungen auf weitere Dimensionen auszuweiten. Verhandlungsspielraum ist nur auf der Ebene «mehr oder weniger Lärm» gegeben.» Es sei nicht einzusehen, weshalb die Flughafenfrage zum x-ten Male auf unterster Expertenebene angegangen werde. Unter diesen Vorzeichen seien kaum Fortschritte zu erwarten.

Die Medienberichte zeigen eine ähnlich uneinheitliche Beurteilung. Politische Statements aus Deutschland, von Baden-Württemberg bis Berlin, sind ebenfalls nicht deckungsgleich.

Ein Lösungsansatz ist derzeit nicht zu erkennen. Mit ihrem Zugeständnis für gemeinsame Lärmmessungen hat Merkel die Situation vordergründig etwas entschärft und der Schweizer Delegation den Wind aus den Segeln genommen. Sie hat sich gehütet, klar Farbe zu bekennen und damit Zeit gewonnen. Das lässt nur einen Schluss zu: Die politischen Entscheidungsträger beider Länder wollen sich an der «heissen Kartoffel» Flughafen Zürich nicht die Finger verbrennen. Doch mit dem Aussitzen des Problems werden sich die Betroffenen – ob Bevölkerung, Wirtschaft oder Flugindustrie – je länger je weniger zufrieden geben.

